

Antrag

der Abgeordneten Frau Rust, Frau Olms, Volmer und der Fraktion DIE GRÜNEN

Sanktionen gegen die Militärdiktatur in Chile

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, sämtliche Möglichkeiten zur Unterbindung von Waffenlieferungen an die chilenische Militärregierung durch bundesdeutsche Firmen im In- und Ausland, einschließlich von Fahrzeugen, Hubschraubern und Handfeuerwaffen, die nicht genehmigungspflichtig sind, sowie von Kriegswaffenlieferungen aus Gemeinschaftsproduktionen auszuschöpfen, um der Ablehnung der Militärdiktatur und der Unterstützung für den chilenischen Widerstand durch den Deutschen Bundestag und die Bundesregierung Nachdruck zu verleihen.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, jegliche Form der wirtschaftlichen Unterstützung für die chilenische Militärdiktatur einzustellen, insbesondere gegen weitere Weltbankkredite an Chile zu stimmen, die Auslandsschuld der Militärdiktatur nicht länger umzuschulden und die Entsendung von Fachkräften und andere Formen der Ausbildungshilfe nicht zu fördern wie auch die staatliche Entwicklungszusammenarbeit über die Durchführungsorganisationen Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) und Deutsche Finanzierungsgesellschaft für Beteiligung in Entwicklungsländern (DEG) einzustellen bzw. auszuschließen, solange die Diktatur in Chile herrscht.

Bonn, den 6. Oktober 1987

Frau Olms
Volmer
Ebermann, Frau Rust, Frau Schoppe und Fraktion

Begründung

Zur konsequenten internationalen Ächtung der chilenischen Militärdiktatur, wie sie zuletzt bei der „Zweiten Internationalen Parlamentarierversammlung für Demokratie in Chile“ in Santiago vom 4. bis 6. September 1987 unter Beteiligung einer Delegation des Deutschen Bundestages demonstriert wurde, gehört ebenso wie die uneingeschränkte Aufnahme von politisch Verfolgten aus

Chile die Einstellung jeglicher materieller Unterstützung für das Militärregime. Ohne praktische Konsequenzen im Sinne von spürbaren Sanktionen bleiben die Anklagen gegen die anhaltenden systematischen Menschenrechtsverletzungen und die Beteuerungen, den chilenischen Widerstand im Kampf für die Wiederherstellung der Demokratie zu unterstützen, Rhetorik. Praktische Konsequenzen beinhalten eine Abkehr von der nunmehr 14jährigen Politik gegenüber der Diktatur, sie in Worten zu verurteilen und gleichwohl auf militärischem und wirtschaftlichem Gebiet zu unterstützen.

Unter Berücksichtigung von beschäftigungspolitischen und exportwirtschaftlichen Gesichtspunkten, wie sie in der Vergangenheit bei der Lieferung von U-Booten und von Material für die Sicherheitskräfte (Nutzfahrzeuge, Hubschrauber, Handfeuerwaffen), welches keine Kriegswaffen im Sinne der rüstungspolitischen Grundsätze der Bundesregierung vom 28. April 1982 darstellt, und bei der wirtschaftlichen Zusammenarbeit in Form von Exportfinanzierungen über die KfW, Maßnahmen im Bereich Bildung, Ausbildung und Wissenschaft, Weltbankkrediten und Umschuldungsverhandlungen ins Feld geführt wurden, ist die wirtschaftliche und militärische Unterstützung der chilenischen Militärdiktatur kurzsichtig, denn die derzeit günstigen makroökonomischen Daten verdecken nur das wachsende Elend der Bevölkerungsmehrheit und die Tatsache, daß Chile heute die höchste Pro-Kopf-Verschuldung der Welt aufweist.